

Die Festung bekommt Risse.



Foto: Wallisch

Mit Kairo und Tripolis fällt auch Dublin

Von Libyen bis nach Bahrain: Mit den implodierten arabischen Diktaturen bröckelt auch die EU-Asylpolitik. Europa hat die Aufstände erst angefeuert, aber jetzt, wo sich tausende am Massengrab Mittelmeer versuchen, macht die EU die Schotten dicht. Das Wettrennen um das inhumane Asylgesetz kann nur ein gemeinsamer europäischer Kraftakt beenden.

PAUL AIGNER

Amin K. hat ein Problem: Den 19-jährigen Mann, der in Innsbruck lebt, gibt es eigentlich nicht. Zumindest nicht in der Welt der Behörden. Er macht sich durch seine bloße Existenz strafbar. Vor drei Jahren ist sein Asylantrag abgelehnt worden. Seitdem ist Amin K. illegal in Österreich. Mittlerweile würde er gerne zurück nach Marokko. Doch das Königreich will nichts mit dem 19-Jährigen zu tun haben. Er darf nicht ausreisen und in Österreich darf er keiner Polizeistreife über den Weg laufen. Im Jahr 2010 haben sie ihn 22 Mal erwischt. Die zu bezahlende Strafe von insgesamt 8.000 Euro wurde entweder von Unterstützern gespendet oder von Amin im Gefängnis abgesessen.

14 Kilometer, so weit wie von der Wiener City nach Schwechat, trennen Zehntausende wie Amin K. in Auffanglagern an der Mittelmeerküste von Europa. Für manche ist es das neue Amerika, für andere eine Frage von Leben oder Tod. Über 70.000 Menschen versuchen jährlich, auf dem Seeweg einzureisen. Doch der Wassergaben wird von Wachschiffen durchkämmt. Die Turmwache der Festung Europa ist die EU-Grenzsicherungsagentur *Frontex*. Wer aufgegriffen wird, ist vogelfrei: Die 112 *Frontex*-Schiffe, 25 Hubschrauber und 21 Flugzeuge sind nicht an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden. Wenn sie Boote aufgreifen, müssen sie nicht überprüfen, ob die Flüchtlinge schutzbedürftig sind. Die Agentur darf sie nach Belieben „umleiten“, wie es im BürokratInnensprech heißt. Über 6.000 Menschen hat *Frontex* 2008 laut offiziellen Statistiken abgefangen und in ihre Herkunftsänder zurückgebracht, ohne einen Einzelfall zu prüfen. Ihre geographischen Grenzen sind längst auch die Grenzen der Werte, die in den Erklärungen und Resolutions der Union stehen. Der Wassergaben wird zum Massengrab: Tausende ertrinken jedes Jahr beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.

Die Vorposten brechen zusammen. Damit *Frontex* nicht die ganze schmutzige Arbeit alleine machen muss, haben die EU-Staaten eng mit Despoten kooperiert, die Nordafrika bis

vor kurzem in ihrer Gewalt hatten. 3,4 Milliarden Euro im Jahr wanderten seit 2009 von Rom nach Tripolis. Als Gegenleistung versprach der strauhelnende Muammar Al-Gaddafi, Italien die Flüchtlinge vom Leib zu halten. Auch die EU bezahlte für das schmutzige Geschäft. Je 50 Millionen Euro überwies Brüssel Gaddafi in den vergangenen beiden Jahren zum gleichen Zweck. Für ein Regime, das dem Flüchtlingsdienst der Vereinten Nationen ein Mandat verweigert und die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert hat. Scharfe Worte gab es dafür vom *Amnesty-International*-Generalsekretär Heinz Patzelt. Dass Italien bei der Kooperation „wissenlich die Missachtung der Menschenrechte von Flüchtlingen in Kauf genommen“ habe, sei ein Modell, das die EU nicht übernehmen dürfe.

Doch das Outsourcing der Menschenrechtsfrage ist schon lange Agenda der Union, die einheitliche EU-Flüchtlingspolitik seit jeher Spielball nationaler Interessen: Das „Dublin II-Abkommen“ ist verantwortlich für das unwürdige Ping-Pong-Spiel mit Flüchtlingen. Seit 2003 ist jener Staat für das Verfahren zuständig, in dem ein Flüchtling erstmals EU-Boden betreten hat. Für Länder ohne Mittelmeerküste oder ohne EU-Außengrenze eine komfortable Situation: Deutschland, Großbritannien und Frankreich werden einen Teufel tun, freiwillig mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Für die Betroffenen bedeutet das lange Verfahren und dann Kettenabschiebungen. Schließlich landen sie etwa in Griechenland, wo die Zustände in den Asyllagern so katastrophal sind, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte jüngst die Abschiebung eines Afghanen von Belgien auf den Peloponnes rückgängig gemacht hat. Das war erst der erste Streich:

960 weitere Klagen liegen in Straßburg. Für die EU-Flüchtlingspolitik bedeutet das Urteil einen Paradigmenwechsel: Denn erstmals ist eine Dublin-konforme Maßnahme aufgrund der Menschenrechte rückgängig gemacht worden. Die Dublin-Verordnung könnte unter dem Druck der neuesten Entwicklungen in Nordafrika überhaupt fallen. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström spricht bereits von einem „besonderen Wind im Mittelmeerraum.“

Risse in der Festung. Ein Zaun soll bald die 206 Kilometer lange griechisch-türkische Grenze am Festland sichern. Den gibt es, in dreifacher Ausführung, bereits um die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko. 2005 haben Flüchtlinge versucht, den ersten Zaun zu überwinden, um in Afrika auf europäischem Boden zu landen. 14 starben dabei, hunderte wurden festgenommen und in der Wüste ausgesetzt. Ihr Verbleib: unbekannt. Die Befestigung ist aber auch ein strukturelles Menschenrechtsdesaster. Denn jeder neue Zaun ist Wasser auf die Mühlen der Schlepper und der Menschenhändler.

Der Riss geht bis in die EU-Institutionen. Während die Kommission wenige Tage vor dem Zusammenbruch des libyschen EU-Außenpostens ein Rücknahmeübereinkommen verhandelte, protestierte das EU-Parlament heftig – und biss auf Granit. Denn die Kommission verwies darauf, dass die VertreterInnen der Nationalstaaten im Europäischen Rat massiven Druck ausüben, um dieses Übereinkommen durchzusetzen. Eine solidarische europäische Asylpolitik scheitert also nicht an Brüssel und Straßburg, sondern an Wien, Berlin, Paris und London. Seit dem ersten Treffen 1999 im finnischen Tampere, das ein gemeinsames Asylwesen einleiten sollte, steht die immer gleiche Frage im Zentrum. Teilen sich die Mitgliedsstaaten die Kosten der Betreuung und Unterbringung von AsylwerberInnen oder soll es Quoten geben, also eine Aufteilung der Flüchtlinge auf die Unionsländer? Weil es darüber keine Einigung gibt, ist ein gemeinsames Verfahren in weite Ferne gerückt. Dabei wäre das unbestritten ein humanitärer Fortschritt: Denn mit einem einheitlichen Verfahren wäre Schluss mit dem Wettrauf der InnenministerInnen um das strogste Asylgesetz Europas.

Solange die jungen AraberInnen ihre Diktatoren unter Einsatz ihres Lebens bekämpften, waren sie willkommene Gäste auf den Fernsehschirmen in europäischen Wohnzimmern. Mit ihrem Sieg über die Vorposten der Festung Europa haben sie auch das systematische Outsourcing der Menschenrechtsfrage auf die Tagesordnung der europäischen Politik gesetzt.

Der Autor studiert Politikwissenschaften in Innsbruck.